Christa Nickels MdB: Zur Zukunft des Religionsunterrichts

Kategorie : 0. Allgemeine Nachrichten
VerÃ¶ffentlicht von Anonymous am 24.07.2005

Autor: Christa Nickels MdB, Mitglied im Hauptausschuss des ZdK
Quelle: "SalzkÃ¶rner" des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken

AutentizitÃ¤t ist unverzichtbar
Zur Zukunft des Religionsunterrichts

Der Streit Ã¼ber die EinfÃ¼hrung eines allgemein verbindlichen Wertekundeunterrichts im Land Berlin hat eine Ã¼berfÃ¤llige Debatte neu belebt: die Frage nach der ZukunftsfÃ¤higkeit des Religionsunterrichts in Deutschland.

Nach den Auseinandersetzungen um LER 1994 war diese Debatte lange Zeit versandet und hat lediglich in den LandtagswahlkÃ¤mpfen 1996 kurzfristig nochmals eine Rolle gespielt. Gerade vor dem Hintergrund der Finanznot der Ã¶ffentlichen Kassen und angesichts der Tatsache, dass es kÃ¼nftig mehr anerkannte Religionsgemeinschaften geben wird, die das Recht auf Religionsunterricht haben, mÃ¼ssen auch die beiden groÃŸen christlichen Kirchen diese Debatte offensiv fÃ¼hren und dabei auch Ã¼ber eine wechselseitige Ã–ffnung nachdenken.

Wertorientierung ist nÃ¶tig
SpÃ¤testens seit dem 11. September greift hierzulande die Erkenntnis Raum, dass es gut ist, wenn in Schulen ein wertebezogener Unterricht erteilt wird, der SchÃ¼lerinnen und SchÃ¼ler miteinander ins GesprÃ¤ch bringt und gerade durch die bewusste Auseinandersetzung mit den Wertorientierungen ihrer Umgebung vor Fundamentalisten jeglicher Art feit. In Berlin wurde die sogenannte Bremer Klausel viele Jahre so ausgestaltet, dass es weder Ethik- noch Religionsunterricht als Pflichtfach gab, dafÃ¼r aber diverse TrÃ¤ger Religionsunterricht oder Wertekunde auf eigene Verantwortung und ohne Einfluss der SchulbehÃ¶rden auf den Lehrplan angeboten haben. Dass dies ein unbefriedigender Zustand war und die Bremer Klausel dringend mit Inhalt gefÃ¼llt werden muss, ist mittlerweile Konsens. In diesem Sinne ist der BeschluÃŸ des rot-roten Senats zu begrÃ¼ÃŸen, einen fÃ¼r alle SchÃ¼ler und SchÃ¼lerinnen verbindlichen Werteunterricht einzufÃ¼hren.

Alternative Wahlpfichtfach
Allerdings ist es vÃ¶llig unverstÃ¤ndlich, weshalb die Berliner Landesregierung zwar Ethikunterricht zum Pflichtfach machen, zugleich aber Religionsunterricht vÃ¶llig auÃŸen vor lassen will, anstatt ihn als WahlmÃ¶glichkeit im Rahmen eines Wahlpflichtfachs anzubieten.

Religionsuntericht wird damit bestenfalls Zaungast an Berliner Schulen, ein PrivatvergnÃ¼gen fÃ¼r die wenigen konfessionell gebundenen SchÃ¼ler - und langfristig kÃ¶nnte er sogar ganz von den Schulen verschwinden, wenn die Berliner Kirchenleitungen sich nÃ¤mlich entschlieÃŸen, das offenbar von der Politik unerwÃ¼nschte Fach dann konsequenterweise nur noch in den Pfarrgemeinden anzubieten.

Eine solche Entwicklung hÃ¤tte allerdings fatale Konsequenzen. Das ist offenbar auch den als sehr kirchenfern eingeschÃ¤tzten Berliner BÃ¼rgerinnen und BÃ¼rgern bewusst: Die Mehrheit von ihnen spricht sich mittlerweile dafÃ¼r aus, den SchÃ¼lern die verpflichtende Wahl zwischen Religion und einem konfessionsfreien Werteunterricht zu lassen. Die Zustimmung zu einem solchen Wahlpflichtfach Ã¼berwiegt unter AnhÃ¤ngern sÃ¤mtlicher Parteien: Die SPD/PDS-Koalition sowie die GrÃ¼nen im Berliner Abgeordnetenhaus, die den Plan der Koalition unterstÃ¼tzen, kÃ¶nnen sich damit also des Beifalls ihrer WÃ¤hler keineswegs sicher sein. Die gemeinsame Protestkampagne der evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg, des Erzbistums und der JÃ¼dischen Gemeinde zu Berlin, die eine WahlmÃ¶glichkeit unter gleichwertigen Angeboten fordert, haben mittlerweile mehr als 55 000 Menschen unterzeichnet.

Kein Mittel gegen Fundamentalismus
SelbstverstÃ¤ndlich spricht nichts gegen die Absicht, angesichts der forschreitenden Pluralisierung und SÃ¤kularisierung der Gesellschaft all denjenigen SchÃ¼lern, die sich nicht weltanschaulich oder konfessionell gebunden fÃ¼hlen, einen guten und fundierten Werteunterricht zu geben, in dem sie die anderen Religionen, deren Weltanschauungen und auch die Grundwerte, die uns alle tragen, nÃ¤mlich die Grund- und Menschenrechte, kennen lernen. Es ist aber ein Irrtum zu glauben, ein wissensvermittelnder Unterricht kÃ¶nne die authentische Werteorientierung, also den Unterricht durch Lehrende, die sich selbst zu einer bestimmten Religion bekennen, ersetzen.

Das gilt vor allem auch im Umgang mit dem Islam: Die verbindliche Wertekunde in Berlin wird nicht zuletzt deshalb eingefÃ¼hrt, um damit die als fundamentalistisch geltende Islamische FÃ¶deration aus der Schule zu drÃ¤ngen, die sich das Recht auf Religionsunterricht gerichtlich erkÃ¤mpft hat. Es ist aber zumindest naiv anzunehmen, gerade glÃ¤ubige muslimische Eltern wÃ¼rden einen rein religionskundlichen und noch dazu einen vergleichenden Unterricht als Ersatz fÃ¼r islamischen Religionsunterricht anerkennen: Das Pflichtfach Wertekunde wird insofern die muslimischen SchÃ¼lerinnen und SchÃ¼ler zurÃ¼ck an die Koranschulen und Moscheen verweisen, wo der Staat keinerlei Einfluss darauf hat, ob die religiÃ¶se Unterweisung im Einklang mit dem Grundgesetz steht. Gerade im Sinne der Integration sollten wir es daher ermÃ¶glichen, dass Kinder verschiedenster Religionsgemeinschaften das Recht auf ein Pflichtfach an ihrer Schule erhalten, wo Religionsunterricht in Deutsch, auf dem Boden des Grundgesetzes und mit Curricula, die von der SchulbehÃ¶rde in didaktisch-methodischer Hinsicht (und nicht etwa im Blick auf die

Glaubensinhalte) begutachtet worden sind, stattfindet.

Dialog und Begegnung ermÃ¶glichen

Nichtsdestotrotz halte ich es fÃ¼r richtig, Kinder auch ins GesprÃ¤ch zu bringen Ã¼ber ihre jeweiligen Ãœberzeugungen. Daher befÃ¼rworte ich nach wie vor den Vorschlag, den Kardinal Georg Sterzinsky und Bischof Wolfgang Huber gemeinsam Anfang der 90er-Jahre im Zusammenhang mit dem erbitterten Streit um LER gemacht haben: einen Wahlpflichtfachbereich mit konfessionellem Unterricht und Ethikunterricht einzurichten, der aber bestimmte Unterrichtseinheiten vorsieht, wo alle SchÃ¼lerinnen und SchÃ¼ler integrativ unterrichtet werden. Eine solche FÃ¤chergruppe schafft die notwendige Offenheit fÃ¼r weitere religiÃ¶s oder weltanschaulich bestimmte FÃ¤cher neben Ethik und dem konfessionellen Religionsunterricht.

Berlin ist, wie andere GroÃŸstÃ¤dte auch, geprÃ¤gt von einer Vielzahl von religiÃ¶sen und kulturellen Einstellungen. Die PluralitÃ¤t des Modells trÃ¤gt dem Rechnung. Angesichts der unÃ¼bersichtlich gewordenen religiÃ¶sen und weltanschaulichen Bewegungen und vielfÃ¤ltigen Angebote der Lebensgestaltung muss Religionsunterricht vor allem religiÃ¶s alphabetisieren.

Die StÃ¤rke des Modells liegt in der angestrebten Kooperation innerhalb der FÃ¤chergruppe. In den Phasen gemeinsamen Lernens kÃ¶nnen Gemeinsamkeiten und Verschiedenheiten religiÃ¶ser und kultureller Traditionen erarbeitet werden. Dieses VerstÃ¤ndnis fÃ¶rdert die Toleranz gegenÃ¼ber anderen Anschauungen, eine soziale Kompetenz, die auch Ã¼ber das Unterrichtsfach hinaus von immenser Bedeutung ist.

WÃ¼rde Berlin sich fÃ¼r ein solches Modell entscheiden, kÃ¶nnte es Vorbildcharakter fÃ¼r ganz Deutschland entfalten.

Zusammenarbeit erproben

Ich werde den Verdacht nicht los, dass es bei der Berliner Entscheidung fÃ¼r ein Fach Wertekunde letztlich sehr viel weniger um jene viel bemÃ¼hten Werte und sehr viel mehr um den schnÃ¶den Mammon geht. Weitere muslimische TrÃ¤ger werden die Bremer Klausel nutzen und demnÃ¤chst ihren Anspruch auf die Erteilung von Religionsunterricht erheben, so wie es die Zeugen Jehovas nach einem aktuellen Gerichtsurteil heute bereits tun kÃ¶nnten. Ein Wahlpflichtfach Religion und Ethik als ordentliches Unterrichtsfach wÃ¼rde aber bedeuten, dass man die Religionslehrer der verschiedenen Bekenntnisse an den UniversitÃ¤ten ordentlich ausbilden und anschlieÃŸend einstellen mÃ¼sste. Das kostet Geld, und in Zeiten leerer Ã¶ffentlicher Kassen kann ich sehr gut verstehen, dass da manchem himmelangst wird, wenn man bedenkt, dass womÃ¶glich an manchen Schulen zehn oder mehr Religions- und Ethiklehrer unterrichten mÃ¼ssten, um jedem SchÃ¼ler Unterricht seines jeweiligen Bekenntnisses geben zu kÃ¶nnen.

Das ist kein Argument dagegen, den Religionsunterricht als ordentliches Unterrichtsfach einzufÃ¼hren. Aber es ist sehr wohl ein Appell an die Kirchen und Religionsgemeinschaften, Ã–kumene im Blick auf Religionsunterricht erheblich weiter zu denken, als das bisher geschieht. Selbst wenn das groÃŸe Modell einer gemeinsamen FÃ¤chergruppe erst mittelfristig umzusetzen ist, kÃ¶nnen im Rahmen des evangelischen und katholischen Religionunterrichts schon jetzt konkrete Schritte der Ã¶kumenischen Zusammenarbeit modellhaft erprobt werden. In manchen BundeslÃ¤ndern hat ein solches Nachdenken auch endlich begonnen.

Autor: Christa Nickels MdB, Mitglied im Hauptausschuss des ZdK